

# Arbeiter-Tageblatt

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Samstag nachmittags. Bezugspreis pro Haus monatlich 1 RM. Durch die Post monatlich 1 RM. Eine Zeitungsbestellung. Verlag u. Geschäftsstelle: Vertriebsbüro, 14 Januar 1922. Geschäftszeit: 7-9 Uhr. Schriftleitung: Januar 1922. Erscheinung: 12-1 Uhr.

Der Abdruckpreis beträgt 100 Pf. für den Wilmersdorfer Hof und Spalte, 500 Pf. für die Post, einschließlich an den Verlagsgesellschaften. Anzeigen bis zum 15. Januar 1922. 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. - Vertriebsbüro: Leipzig 1084 4, Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 50 Pf.

Mittwoch, den 11. Januar 1922

2. Jahrgang. Nr. 9

## Die Regierung für gesteigerte Massenausplünderung

Fortfall der Lebensmittelzuschüsse — Beträchtliche Brotpreiserhöhung — Neue Steuerraubpläne — Will der ADGB, die Goldwerte erfassen?

### Die Aushungerung der Massen

Berlin, 11. Januar. (WZ.) In der letzten Zeit sind wiederholt Nachrichten über eine Erhöhung des Brotpreises verbreitet worden. Die Meldungen entstehen insofern nicht der Grundlage, als die Reichsregierung, wie man weiß, nicht in der Lage ist, auch im Jahre 1922 die Zuschüsse zur Verbilligung des Brotes zu leisten, die sie bisher in Höhe von sieben bis acht Milliarden Mark getragen hat. In den Haushalten für 1922 sind dementsprechende Zuschüsse zur Verbilligung des Brotes nicht mehr eingekalkuliert. Außerdem hat der ungünstige Stand der Devisen zur Folge, daß die von der Regierung bisher schon bewilligten Zuschüsse in der nächsten Zeit nicht mehr dazu ausreichen, die Verbilligung in dem bisher vorgesehenen Maße durchzuführen. Es wird also mit einer beträchtlichen Erhöhung des Brotpreises in absehbarer Zeit zu rechnen sein. — Sowie bekannt ist, der Abbau der Brotzuschüsse in Stajfen beabsichtigt. Die Einzelheiten des Planes sind aber noch nicht endgültig festgelegt. Infolgedessen läßt sich noch nicht feststellen, in welchem Ausmaße sich die kommende Brotpreiserhöhung bewegen wird. Sie wird aber jedenfalls ziemlich beträchtlich sein.

Die Brotpreiserhöhung ist mit einer Wirkung des sogenannten „Zahlungsaufbaus“ für den Fall der Bedingungen gegen Rathenau in Ganges gebracht werden. Die Verteuerung der Lebensmittel wird weitere Fortschritte machen.

### ADGB, und Sachwerte

Einsetzung einer neuen Kommission

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der ADGB, die SPD, die DDP und die USA haben, ohne die Kommunisten zu verhandeln, eine Kommission eingesetzt zur Beratung über die Erfassung der Sachwerte, der angelegten, allgemeinen Vermögensgegenstände (Wärfel, Rennschiff, Rennwagen, Flugzeug, Haus, etc.). Dr. Hilferding, Dr. Berg, Interaktion ist besonders die Befolgung von Verträgen, der noch vor kurzem in Frankfurt a. M. an der Generalversammlung des internationalen Arbeiterkongresses teilgenommen.

Das Vertrauen der freien Massen des arbeitenden Volkes zum ADGB, und seinem Willen, wirklich die 10 Forderungen durchzusetzen, wird jetzt dadurch herabgemindert, daß die Führer der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften im allgemeinen, die kommunistische Partei, die doch die Vertreterin eines weitestgehenden Sozialismus des deutschen Proletariats ist, bei all diesen Fragen auszuscheiden, trotzdem an dem Kampf, mit dem gerade wir Kommunisten für die Erfassung der Sachwerte kämpfen, nicht gewillt sind teilzunehmen. Das wollen auch die arbeitenden Massen und ihre Stellvertretung am deutlichsten Ausdruck in den Beschlüssen der Vollversammlung der Berliner Betriebsräte und der Betriebsratzentrale, in denen vom ADGB, und allen Arbeiterorganisationen die Mobilisierung aller Arbeiter für die 10 Forderungen des ADGB, verlangt wurde, damit der Plan der Erfassung der Sachwerte nicht weiter nur auf dem Papiere stehen bleibe.

Das Verhalten des ADGB, und der sozialdemokratischen und unabhängigen Führer, das seinen Ausdruck findet in der Einsetzung einer neuen Kommission, kann die Arbeiter nicht zufriedenstellen. Es entspricht in keinerlei Hinsicht den Forderungen der gesamten Arbeiterklasse, die kämpfen will. Der ADGB, und die sozialdemokratischen Parteien aber wollen, wie es scheint, nicht kämpfen, doch die Arbeiter wollen es. Sie haben den Reichsbetriebsratkongreß gelockt, sie werden auf dieser Forderung bestehen müssen, sie werden in allen Betrieben die Resolutionen der Berliner Arbeiterkommission für Diskussion stellen und annehmen und damit die Gewerkschaften zwingen, endlich nach dem ausgesprochenen Willen der Arbeiter zu handeln.

### Die unsicheren Antonisten

Für oder gegen die Sachwertenerfassung?

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Völkische Zeitung“ erklärt, daß das parlamentarische Treiben innerhalb der SPD-Fraktion des Reichstages in der Frage der Sachwertenerfassung eine Umkehrung dahin geltend gemacht hat, daß man die Sachwerte fallen lassen will, um die rechten Steuern zu erhöhen.

### Börse und Ganges

Die Aufforderung der Entente, daß Deutschland möge nach Ganges einen Vertreter senden, und die Aufforderung, daß die Goldbanken Deutschlands demindert werden, haben den Kredit des Reiches geschwächt. Die Markt für, entsprechend haben die fremden Devisen.

Wie immer gingen mit den fremden Devisen die einheimischen Industrierente stark herab. Was dieser Rückgang der Industrierente im Zusammenhang mit den von Ganges aufgestellten Forderungen der Entente bedeutet, wird in der Berliner „Völkischen Zeitung“ angedeutet.

„Wie die Entente das Problem der deutschen Inflation (Geldentwertung) lösen will, bleibt unverständlich, wenn die Lebenshaltung eine neue enorme Belastung erfährt, die Preise auf der ganzen Linie erhöht, und an die Industrie für Sanktionen jährlich Milliarden geschickt werden.“

Dieser Weg kann nur über eine wirtschaftlich Krise führen, über deren Ausmaß und Wirkungen man sich im Augenblick noch gar kein Bild machen kann.“

Während also bisher das Steigen der Industrierente auf eine neue Leertournee hindeutete, so bedeutet der Rückgang von gestern alles andere, als etwa eine Steigerung der Lebenshaltung des deutschen Proletariats.

„Im Gegenteil. Gerade die Worte der „Berliner Völkischen Zeitung“ zeigen in aller Schärfe, daß die Reparationslast auch nach Ganges mit ihren neuen Bücheln auf das deutsche Proletariat brütet. Das ist nicht nur dem so, seine Lebenshaltung noch mehr einschränken, sondern daß, indem eine gewaltige Krise mit ihren Folgen, Kontrakt, Arbeitslosenverhältnisse, Missernten, etc. den deutschen Arbeiterfall droht.“

### Rathenau verhandelt

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Paris wird gemeldet, daß heute die deutsche Delegation unter Rathenau Führung mit dem Obersten Rat konferieren wird.

### Die Verteilung der Reparationsleistungen

Paris, 10. Januar. Die Reparationsfrage stellt sich nach den letzten Verhandlungen wie folgt dar: Von der ersten deutschen Zahlung erhält England 450 Millionen als Vorzahlung auf seine Reparationskosten. Italien erhält die bei Kriegsausbruch von ihm beschlagnahmten 51 Millionen Goldmark. Die restlichen 51 Millionen dienen zur Befriedigung der belgischen Priorität. Von den 720 Millionen des 6. Monats, die Deutschland im Jahre 1922 zu zahlen hat, wird Frankreich 190 Millionen erhalten, die ihm England überlassen hat, das sich um 50 Millionen zufrieden gibt. Die restlichen 531 Millionen Mark fallen Italien zu, mit Ausnahme von 100 Millionen Mark, die sich in den Händen der Banque de France befinden und die Frankreich bis zum 1. Mai 1922 zu zahlen darf. Deutschland ist verpflichtet, 500 Millionen sofort zu zahlen. Der Rest von 420 Millionen Mark soll auf das Jahr 1922 verteilt werden. An Naturalleistungen hat Deutschland aufzubringen: für Frankreich 550 Millionen Mark, für Belgien 125 Millionen Mark, für England 100 Millionen, für Italien 240 Millionen, andere Länder 35 Millionen, insgesamt 1400 Millionen Mark.

### Rußland schlägt London für die Wirtschaftskonferenz vor

E. F. Connes, 10. Jan. Von Wärschterin ist ein neuer Vorschlag folgenden Inhalts eingetroffen: „Rußland erklärt, daß der Oberste Rat Genoa als Sitz der Wirtschaftskonferenz vorschlägt. Die russische Regierung findet diese Stadt zu eng und die Verbindungen unzureichend und schlägt London vor.“ Ein Telegramm hat hier allgemeine Ueberrassungen erweckt. Man erklärt, daß die Russen Genoa für eine zu unbedeutende Stadt für den Sitz einer so wichtigen Konferenz betrachten und deshalb Paris oder London vorschlagen würden.

### Die Heze beginnt!

Gewaltige Verfolgung freireisender Eisenbahner

Nach der rechtssozialistischen „A. N. A.“ soll gegen Eisenbahner, die sich im letzten Streik „Sabotageakte“ aufzuden kommen ließen, gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden. Das bedeutet, daß die Klassenjustiz ihren Apparat in Bewegung setzt, um wegen jeder Bagatelie ein Verdict gegen sich gegen einzuleiten. Die Eisenbahner im ganzen Reich müssen sich gegen die Verfolgung und Wahrgang ihrer Kollegen wehren. Was ist der ADGB, um seine Mitglieder zu schützen?

### Der bevorstehende Parteitag der italienischen Kommunisten

Aus Turin wird gemeldet: Die Zentrale der kommunistischen Partei Italiens hat am 2. d. M. den Entwurf der zweiten Parteitag der italienischen Kommunisten im nächsten Monat. Die Tagesordnung wird die folgende sein: 1. Bericht der Zentrale, 2. Teil der kommunistischen Partei, 3. Referenten Berträge und Zeracini, 3. Partei und Gewerkschaft, Referenten Ganges und Tasso, 4. Vorschläge, Referenten Ganges und Tasso, 5. Der Parteitag und Parteitag, 6. Beziehungen zur kommunistischen Internationale, 7. Neuwahl der Parteizentrale.

### Die Steuerraubpläne

Berlin, 11. Januar.

Am gestrigen Dienstag, nachmittags 2 Uhr, traten die beiden Steuerkommissionen des Reichstages zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um in dem Entwurf der ersten Sitzung der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Reichsminister Dr. Wittig stieg am Ende durch Abschied. Wie noch nie ein Reichstagsminister vor ihm, brüht er sich beständig um jede klare Stellungnahme herum. Zur Einleitung des Beschlusses schied er seinen Reichsminister jungen Mann, Dr. Sernus, Reichsminister in der Regierung. Und zwar mit dem Vorschlag, dem Ausschuss zu legen, was der Regierung an den Ausschussbeschlüssen nicht gefällt. Dr. Sernus betonte zum laudabilis in dem Maße die „Autonomie“ der vorhandenen Steuerwerke als nicht leicht auszuwickeln. Nach dem Reichstagsminister ist dieses Vorhaben nicht in den Steuerkommissionen möglich, es ist zumal bei den Steuern, die die freien Massen betreffen — und beschlagnahmt. Die Regierung hat folgende Wünsche: Sie fordert, daß die im Ausschuss im Gegensatz zur Regierungsvorlage erwähnten Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao wieder herabgesetzt werden. Weiter soll die Ermäßigung des Steuerfußes für Zigaretten und Reichsmittelab eingeschränkt werden. Deswegen soll der bessere Steuerfuß für Schwachbier bis zu 8 Prozent Stammschwarz wieder herabgesetzt werden. Das Schwaabier soll genau so stark steuern wie das Kölsch. Und als hundertste Neuerung soll die Besteuerung der Biersteuer in der Reichssteuer nach eine Gemeindefiskus herabsetzen. Man sieht, es ist auf die Förderung der Wirtschaftsbewegung bedacht. Der Ausschuss hatte beabsichtigt die von der Regierung vorgeschlagene Zöllesteuer von 100 auf 50 Mill. pro Doppelzentner herabzusetzen. Die Reichsregierung fordert die Wiederherstellung ihrer Zölle. Weiter schließt sie auf die Besteuerung der Reichssteuer auf 10 Prozent und Einführung des Reichssteuer über weiteren Erhöhung, wenn sich eine Herabsetzung der Wirtschaft ergibt. Die Umkehrung, die Dr. Sernus im Auftrag des Reichsministers als das „Kindergeld“ der Reichsminister anzuwenden beabsichtigt, soll entgegen dem Ausschussbeschluss von 2 auf 2 1/2 Prozent erhöht werden, weil die Regierung der Herabsetzung ist, daß die deutsche Wirtschaft diesen Satz sehr gut ertragen kann.“

So hart und brutal die „Wünsche der Regierung“ in Bezug auf die Verbrauchssteuer sind, so unangenehm und so rücksichtslos waren ihre Bemerkungen zu dem sogenannten Reichssteuer. Die Einwendungen, die man gegen die Verdrängung der Vermögenssteuer, der Vermögensteuer, und der Reichssteuer, die Vermögenssteuer, zu erhöhen sollte, waren weit davon entfernt, nachdrücklich und energisch zu sein, obwohl Dr. Sernus selbst zugab, daß die Ausschussbeschlüsse recht erhebliche Verluste an dem Staatseinkommen im Gefolge haben müßten.

Der stärksten Hinweis auf den Verlust des anhangen, war Herr Dr. Sernus natürlich nicht in der Lage, das hohe er um so gründlicher bei den Verbrauchsteuern nach. Die Regierung berechnete diesen unter Zugrundelegung der Ausschussbeschlüsse bei

der Kohlensteuer mit 4000-5000 Millionen Mark, der Zöllesteuer mit 500 Millionen Mark, der Besteuerung mit 200 Millionen Mark, der Tabaksteuer mit 400 Millionen Mark, der Zölle mit 1500 Millionen Mark, der Einkommensteuer mit 5000 Millionen Mark.

Das insgesamt 12000 Millionen Mark und fordert, daß dieser in der zweiten Debatte wieder herabgesetzt werde.

Hierzu wandte sich Dr. Sernus gegen die Kritik, die in der ausländischen Presse an der der Reichstagen beschlossenen Novelle zum Einkommensteuergesetz geübt worden ist. Er unterließ die Notwendigkeit dieser Novelle mit dem Hinweis auf die dauernde Entwertung der Mark. Diese habe im Ausland nur noch eine Kaufkraft von 2 bis 3, und im Inlande von 5 Pfennig. Er laute, daß mit ein Einkommen von 50000 Mark heute nur einem Freienserver von 2500 Mark entspreche. Dieses amtliche Eingeländnis der Reichsregierung unterrichtet mithin die Bevölkerung der freien Reichsminister, die immer mehr im Geschäft mit 20-25000 Mark im Jahre verdienen, was nach Dr. Sernus einem Freienservereinkommen von 1000 bis 1200 Mark entspricht. Die Regierung erwartet nun der Einkommensteuernnovelle keine Umkehrung der Einnahmen aus der Einkommensteuer, die mit 23 Milliarden veranschlagt sind, weil inzwischen die Einkommen der Reichsminister, die immer mehr im Geschäft mit 20-25000 Mark im Jahre verdienen, was nach Dr. Sernus einem Freienservereinkommen von 1000 bis 1200 Mark entspricht. Die Regierung erwartet nun der Einkommensteuernnovelle keine Umkehrung der Einnahmen aus der Einkommensteuer, die mit 23 Milliarden veranschlagt sind, weil inzwischen die Einkommen der Reichsminister, die immer mehr im Geschäft mit 20-25000 Mark im Jahre verdienen, was nach Dr. Sernus einem Freienservereinkommen von 1000 bis 1200 Mark entspricht. Die Regierung erwartet nun der Einkommensteuernnovelle keine Umkehrung der Einnahmen aus der Einkommensteuer, die mit 23 Milliarden veranschlagt sind, weil inzwischen die Einkommen der Reichsminister, die immer mehr im Geschäft mit 20-25000 Mark im Jahre verdienen, was nach Dr. Sernus einem Freienservereinkommen von 1000 bis 1200 Mark entspricht.

# Das Teilmoratorium

Nach der Konsolidierung der Finanzverhältnisse sein, die durch eine neue Steuerbelastung nicht werden dürfte. Denn diese müßten nur auf dem Papier stehen und uns vom Ausland den Rumpf der Steuerfabrikation sparen.

Der Genetmann Spahn plädiert für sofortigen Abbruch der Debatte mit Rücksicht auf die ausmündige Lage und drängt auf ein rasches Vorgehen. Der Bericht des Ausschusses über die nationale Dr. Pfeiffer'sche Forderung. Der Ausschuss über die nationale Dr. Pfeiffer'sche Forderung. Der Ausschuss über die nationale Dr. Pfeiffer'sche Forderung.

Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert.

Der Reichstag hat sich verändert. Der Reichstag hat sich verändert. Der Reichstag hat sich verändert. Der Reichstag hat sich verändert. Der Reichstag hat sich verändert.

Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert. Die Parteipolitik hat sich verändert.

## Die Steuerfabrikation des Bürgerentums

Die planmäßige Steuerfabrikation des Bürgerentums ist von den verhängnisvollsten außenpolitischen und innerpolitischen Folgen für die Ebertrepublik. Diese Feststellung machen nicht blosswichtige Kommunisten. Sie findet sich vielmehr in der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“. Sie schreibt, nachdem sie auf die schwierige Lage Deutschlands in Cannes infolge der Verzögerung der Steuerabgabe eingewiesen hat:

„Wie es aber auch innerpolitisch die Lage kompliziert, das zeigt sich darin, daß eben überhaupt nichts mehr vorwärts kommt. Der Minister mag sich darauf berufen, daß eben von Anfang an keine Mehrheit (und, sagen wir es nun offen, auch keine eigene, die Zentrumspartei) in dieser Angelegenheit gestanden hat und daß dieses schlichte Hindernis seinen zweifellos vorhandenen guten Willen schlägt hat. Die Frage ist nur, ob dieses Hindernis nicht durch entschlossenen Führerwillen, die Regierung sollte überwinden werden können, wobei dann freilich solcher Führerwillen die ebenfalls dafür vorhandene notwendige Führerfähigkeit nicht nur bei einem einzigen Manne im Kabinett hätte vorhanden sein müssen. Jetzt haben wir jedenfalls vor einer Frage, die hinsichtlich der Steuern das Ultimatum im Mai angenommen wurde, das noch heute unerledigt in den Ausschüssen des Reichstages. Diese Ausschüsse haben gerade die erste Sitzung fertig gebracht. Und von einem einheitlichen Mehrheitswillen war dabei keine Rede. Bei den verschiedenen Ministern haben die Parteien bis ganz verschieden gruppiert; recht häufig ist es die bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Parteien stimmten. Das Ergebnis davon ist, daß die Vorlage der Regierung, sowohl bei den sogenannten direkten wie bei den sogenannten indirekten Steuern erhebliche Abänderungen vorgenommen wurden, namentlich auch für einen Erlaß dieser Abänderungen zu sorgen. Die Erkenntnis, daß man mit diesem Verfahren in eine Sackgasse geraten ist, scheint jetzt ziemlich allgemein zu sein.“

Es ist eine der demokratischen Missionen mehr, zu glauben, daß der energische Führerwille eines Mannes oder eines Kabinetts den Ausweg aus dieser Sackgasse bahnen könnte. Denn die verzweifelte Finanzlage Deutschlands ist die notwendige Folge der Steuerumwilligkeit der Bourgeoisie, die von der „Frankfurter Zeitung“ durchaus zurecht festgestellt worden ist. Diese Steuerumwilligkeit flummert sich nicht um die Führerqualitäten des Reichstages und der Minister, sondern nur um den Gehalt.

**Was geht in Vichtenburg vor?**  
Wie uns von Angehörigen unserer in Vichtenburg schmachtenden Gefolgschaften heute mitgeteilt wird, sind dort wieder Dinge gelaufen, die dringend der Aufklärung bedürfen. Es wird uns erzählt, die Unterjunker des von uns kürzlich veröffentlichten Aufrufes seien bis zum jetzigen Abende im Lager unterworfen worden und hängen deshalb bereits seit dem Abend des 3. Januars im Hungerstreik. Weiter wird mitgeteilt, daß am 6. Januar verfolbende Genossen, darunter auch der Unterjunker des Aufstandes, Franz Heilmann, Kempten, aus Vichtenburg abtransportiert worden sind, ohne daß es bisher möglich war zu erfahren, wohin man die Opfer des Weissen Schreines verfrachtet hat.

E. L. Cannes erfüllt grundsätzlich die Bitte der Arbeiterregierung nach einem Moratorium. Die Börse antwortet mit einer Dollarskurve und neuer Aktienentwertung. Der erste Schritt zur Sanierung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft soll getan werden; seine erste Auswirkung ist das Gespenst der Wirtschaftskrise. In der Tat: drastischer kann das Lebenswiderspruchsbild des gefalteten kapitalistischen Wiederaufbauvermögens nicht gezeigt werden als in dieser Wirkung des ersten Beschlusses von Cannes.

Der wirtschaftliche Zerfall Deutschlands, die unmittelbare Folge des Krieges und des Sieges jeder imperialistischen Konkurrenz in der Welt und England immer mehr erschwert. Der Zerfall, durch das Teilmoratorium dieser Krise zu überwinden, Europa nach den Worten Lloyd George wirtschaftlich wieder instand zu setzen, schlägt um in eine Krise für die deutsche Industrie.

Rom Standpunkt der Börse, vom Standpunkt des deutschen Unternehmens aus ist die Botschaft die einzig logische Antwort auf die Stimmung von Cannes. Denn das Teilmoratorium und mehr noch die mit ihm verknüpften Bedingungen werden mit der Scheinförderung dem Schein einer wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit Deutschlands gegenüber den westlichen Imperialismen verwinden lassen. Das Teilmoratorium ist nicht der Anfang des Aufstieges, sondern die Befestigung der Niedertage Deutschlands.

England und Frankreich versuchen die Wendung nur zu dem Zweck, den letzten Konkursrenten vom Weltmarkt zu befreien. Wenn die deutsche Regierung außer den Einfuhrerlösen im Jahre 1922 fast 2 Milliarden Goldmark nur noch 700 Millionen leisten soll, dann ermöglicht sich entsprechend die Kapitalkraft der deutschen Zahlungsbilanz, die Devisenspekulation wird eingeschränkt; die Mark steigt. Damit fällt die Salutatorienkurve in sich zusammen; der deutsche Verkaufsmarkt löst sich auf. Die Industrie floßt. Neue Arbeitslosigkeit setzt ein.

Wenn weiter das Wiederverbot des Einfuhrerlöses zugunsten Englands abgeändert wird, so verzerrt die deutsche Industrie einen Teil der Wiederaufbauvermögens, die ihr Rathenau zuschreiben mochte. Das bedeutet eine Arbeitsvermehrung mehr für die deutsche Wirtschaft.

Dem gleichen Zweck der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz dienen auch die Bedingungen an deren Annahme die Gewährung des Teilmoratoriums geknüpft ist: die Erhebung der Zölle in Goldmark; die Erhebung der Eisenbahnzölle; die Heraushebung des Zollschutzes; die Abschaffung der Staatsmonopolrechte; die Einschränkung der Kapitalflucht; die Einschränkung des Papiergeldumschlages; die Reformierung der Reichsbank.

Die Gorge um das Wohlergehen der deutschen Finanzen, die in diesen Bedingungen zum Ausdruck zu kommen scheint, ist nichts weiter als die Gorge um die von der fortwährenden Krise niedergebrihten eigenen Industrie der imperialistischen Mächte. Mit diesen Bedingungen wollen England und Frankreich die Staatsüberführung des Wiederaufbauvermögens, die in dem Reichsdefizit in der nächsten Potentanzgabe, der Ansammlung deutscher Guthaben im Ausland und der dadurch bedingten chronischen Geldentwertung liegt, beilegen. Mit der Erhebung der Zollschutzes wollen sie die Willigkeit der deutschen Wirtschaft treffen, um so den Preis der Fertigfabrikate den Weltmarktpreisen anzuebnen und die deutsche Konkurrenz zurückzuführen zu machen.

Die Stundungsbedingungen als Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Sanierung Europas sind nichts weiter als die Errichtung einer internationalen Finanz- und Industriezukunft über Deutschland, ein Eingriff in seine Staatshoheitsrechte, wie sie bisher eine kapitalistische Großmacht sich niemals gefallen ließe. Sie entsprechen im wesentlichen den Forderungen, die vor einigen Wochen die britischen Industrievertreter in einer Denkschrift aufstellten, um die deutsche Konkurrenz zurückzuführen zu machen.

Die wirtschaftlichen Interessen Englands und Frankreichs werden im Moratorium und seinen Bedingungen auf Kosten Deutschlands ausgeglichen: Frankreich erhält in seinen Finanzinteressen die größten Teil der deutschen Zahlungen zugewiesen; England bekommt die Mittel in die Hand, um seine Industrie wieder aufzurichten.

Wir verlangen, daß die zuständigen Stellen sich sofort über die Verzögerung in Vichtenburg äußern. Offenbar versucht man, den angekündigten Hungerstreik der politischen Gefangenen von vornherein abzumildern, indem man einige Genossen von den anderen trennt, durch Granatminen einen verstärkten Ausschuss des Hungerstreiks provoziert und durch strenge Kontrollmaßnahmen verhindert, daß die Schritte der Opfer durch die diesen Mauer des Justizapparates das Ohr der Arbeitererschaft erreichen. Wenn revolutionären Proletariern, die der Weissen Justiz des kapitalistischen Staates in die Klauen gefallen sind, auf solche schandliche Weise mitgespielt wird, dann kann man sich nicht wundern, daß das feige Proletariat seine früheren Bedränger und deren verräterische Helfershelfer ebenfalls nicht mit Samthandschuh anfacht. Die gesamte bürgerliche Presse und besonders natürlich die sozialdemokratischen Herrschenden drücken heute sehr darüber, daß die Arbeiterregierung Gelangene nach Turkestan schicken soll, was nicht nur als ein Verstoß gegen die sozialistische Gerechtigkeit ist, sondern auch als ein Verstoß gegen die Menschlichkeit angesehen werden kann.

### Justizstreiche

In München war ein angeblicher Schriftsteller Kiefer, der in Württemberg oder bei dem bayerischen Marien-Kompagnie Hauptmann v. Kessel aus Berlin ist, verhaftet worden. Er steht in dem bekannten Verbot, nach seiner Verhaftung an der Matrosenrevolte und der Ermordung Erzbergers als Mitschüler beteiligt zu sein. Das Breslauer Gerichte hatte seine Verhaftung in München — folge Leute treffen sie immer in München herum — veranlaßt, nachträglich aber auf die Einlieferung Kiefers verzichtet. Wahrscheinlich hatte es inzwischen die Identität Kiefers und v. Kessels festgestellt und sucht nun weiteren peinlichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen, die das Volk eine Widerzentralfone unwiderrückbar aus Licht treten lassen könnten. Es liegt hier bei dem Belastungsmaterial ein neuer Justizminister vor, der noch weiter seine Arbeit macht. Der Herr Justizminister wird endlich einmal in die Besinnung geraten müssen, aber ist er nur noch ein wehrwundenes Pantoffel aus dem herrschenden Prinzip gemacht werden?

Aber erfüllt die Entente, indem sie jene Forderungen an Deutschland richtet, nicht auch die Forderungen der deutschen Arbeitererschaft auf eine gerechte Finanzwirtschaft und eine Stilllegung der Rentenpreze? Für Kämpfer, die in Willen den Verwirrer seiner pazifistischen Illusionen steht, für Sicherung und Weisheit, die in der Verbindung mit dem Entente-Imperialismus das A und O der sozialistischen Auslandspolitik erblicken, mag es sein Unterwegs sein, ob diese Bedingungen durchgesetzt werden im Burgfrieden mit der Entente, oder durch den Kampf der deutschen Arbeiterkraft gegen ihre Bourgeoisie. Doch nur die Sanierung der deutschen Finanzen ist die Gewähr, daß die Unterwerfung der Bourgeoisie unter den Willen des Proletariats, die ihren Ausbruch in der Staatskontrolle über die Sachwerte findet, kann die Arbeiterkraft auf die Dauer aus dem Land herausführen. Die Finanzsanierung dagegen, die im Burgfrieden die deutsche Bourgeoisie dem Willen der Entente-Kapitalisten unterwirft, trifft in letzter Linie immer wieder die Arbeiter. Denn auf diese Bedingungen der Entente antwortet das deutsche Unternehmertum mit der Wirtschaftskrise und Betriebsstilllegungen, mit Arbeitslosigkeit und Lohnruhr.

Neues Wachenland ist die Folge des Wirtschaftsaufbaues von Cannes.

Nicolaus wurde flarer als in diesen Tagen, was diejenigen an deutschen Proletariat geknüpft haben, die sich wieder in Leipzig mit ihrer antimilitaristischen Hitze nicht nur ihr feindseliges Parteigewicht wieder Holtdamm, sondern aus Wohlwollen der Entente-Bourgeoisie gleichzeitig mit dem der Scheinförderung und der Stimm-Bourgeoisie erlauben wollen.

Gleichzeitig mit Deutschland wird Lenin als Vertreter Sowjet-Rußlands zur kommenden Wirtschaftskonferenz nach Genoa eingeladen. Während aber Deutschland mit der Preisgabe seiner Souveränität das Moratorium erbettein muß, kommt Rußland nicht als Bittende, sondern als Gebender. Lenin beharrt auf Rußland des Kapitalismus, auf seinen Wiederaufbau. Es ist auf ihn angewiesen, weil die internationale Sozialdemokratie ihm gegenüber verfehlt hat, weil die Internationale 2 und 2½ lieber mit Lloyd George und Brand pactiert haben, statt mit Lenin zu kämpfen. Aber ebenso bedarf der Kapitalismus Sowjet-Rußlands. England kann aus seiner Krise nicht herauskommen, solange ihm der russische Markt fehlt. Darum ruft Lloyd George die Verbindung mit Sowjet-Rußland und richtet eine „freundschaftliche Forderung“ an Lenin.

Während die Entente die Adelsschicht der deutschen Dumpingkontrollen mit einer Handbewegung erledigen kann, muß sie mit Rußland als einen gleichgestellten Staat verhandeln — ihm entgegenkommen. Denn Rußland, der proletarische Staat, ist die einzige Macht, die den Kapitalisten des Imperialisches getrotzt, die alle englischen und französischen Angriffe blutig abgewieken hat. Während darum für Oberdeutschland Cannes den Schlüssel zur unteren Niedertage bedeutet, wird es für Rußland der Beginn seines Aufstieges — trotz aller Schwierigkeiten, die es bisher noch zu überwinden haben wird. Es zeigt sich, daß der Wiederaufbau der erweiterten Welt mehr ist als ein höher Streik über die Verteilung und Einbringung der deutschen Zahlungen zwischen den kapitalistischen Mächten. Es zeigt sich, daß es ein Weltproblem ist, daß ohne die proletarische Macht Rußland nicht gelöst werden kann. In dem Augenblick, da ausgerechnet Kauf Geld ausgenutzt wird, ist das Rußland fest, tritt es in den Mittelpunkt der Weltpolitik. Es wird ein Anknüpfungspunkt des Wiederaufbaues, weil die Volkseigentümer allen menschlichen Erwartungen zum Trotz nicht beim Sturz des Zarismus halt gemacht haben.

Für Deutschland, für das deutsche Proletariat ist die Lage klar. Nach einmal ist sein Schicksal in seine Hand gegeben. Noch einmal steht es vor der Entscheidung, ob es im Burgfrieden, in der Unterwerfung unter den Imperialismus und seinen deutschen Zwischengewalt alle Lasten und alles Elend des Wiederaufbaues auf sich nehmen will, oder ob es an der Seite Rußlands keine Bedingungen den Bedingungen des Kapitalismus entgegenstellt.

Deutschland und Rußland werden in der Konferenz von Genoa erscheinen. Der Nach Deutschland kann im einzelnen Interesse des Aufbaues der deutschen Wirtschaft, der Erhaltung ihrer Selbständigkeit und der Möglichkeiten ihrer Entwicklung nur an der Seite Lenins sein.

Wege zu gehen, die das Volk eine Widerzentralfone unwiderrückbar aus Licht treten lassen könnten. Es liegt hier bei dem Belastungsmaterial ein neuer Justizminister vor, der noch weiter seine Arbeit macht. Der Herr Justizminister wird endlich einmal in die Besinnung geraten müssen, aber ist er nur noch ein wehrwundenes Pantoffel aus dem herrschenden Prinzip gemacht werden?

Die Weisse Justiz erlaubt sich ja auch sonst die tollsten Streiche. Für eine Hofenrollendema wird unter Aufsicht der Reichsgerichts unter Beteiligung einer großen Anzahl von Justizministern am Gehobn eigens ein großer Richter als Protokollführer bestellt. Der Herr eines bürgerlichen Gerichtsschreibers könnte ja die allerhöchste eigene Nase befeuchten. Ein deutscher Richter hätte sich ja nicht im sozialdemokratischen Politiker gelegentlich eine Geldstrecke wegen Beilegung ins Amt und ein Amtsgericht wegen seiner Selbsterhaltung, Titel und seiner Anpassung an die Lebensformen der Weisse, der einer jener unberufenen Volksführer sei, die ihren Reichhaltigkeit auf Kosten und zum Schaden des Volkes frönen. Wir können den Reuevolten nicht, aber man spürt hier doch deutlich, daß die deutsche Justizminister doch gegen sozialdemokratische Politik in der Justizveränderung nicht macht. Behörden gegen den bestellten Richter und seine „Objektivität“ ist eingeleitet worden. Aber die heutige demokratische Westprejudiz fürchtet bei der Unabsehbarkeit der Richter und dem herrschenden Kurs keine Korrekturen vor. Und immer wieder mühen sich die hier und da verstreut auftauchenden demokratisch gesinnten Richter die heftigen Beschränkungen von ihren demokratischen Kollegen und Vorgesetzten im amtlichen wie im außeramtlichen Bereich gefallen lassen. Anstelle eines sogenannten sozialdemokratischen Justizministers wird hier erst die volle Gerichtsbarkeit des Volkes gründlich reformiert lassen unter Beilegung des ganzen Justizapparates, der nichts anderes ist, als ein Vollwerk der gegenrevolutionären Reaktion.

**Kommunistischer Erfolg im DRP.**  
Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung). Eschen wird uns am 8. d. M. gemeldet, daß bei der Wahlen zur Ortsverwaltung des Reichsbanner-Verbandes die Kommunisten einen großen Erfolg erzielten. Die DRP. erhielt 8, die USP. 3 Sitze.

**Arbeiterentlassungen in der nordmärkischen Industrie.** Prag, 10. Januar. (Nutzl.). In der nordmärkischen Industrie werden weitere Betriebsentlassungen durchgeführt. Zu besonders umfangreichen Entlassungen von Arbeitern kam es in den Glühlampenfabriken.



**Der Bortampf des Jahrhundert!**  
Sensationell!

**R B D**  
Kommunistische Partei Deutschlands.  
Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

**Berjammlungen.**  
Ortsverein Halle.

**Barren:** Verdienstreife 14, Herrsch. 1473, Gefährlich: Täglich 9 bis 10 Uhr, Sonntags nachmittags geführte  
Barrenabend 7 Uhr im Kollator-Sprechsaal zur  
Nichtrecht-Gebührensfeier. Buntlichtes, sowie zahl-  
reiches Trüdenen ist unbedingte Pflicht.  
**4. Distrikt:** Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im  
Zirkus-Theater.  
**5. Distrikt:** Mittwoch, den 11. Januar 1922, abends 7 1/2 Uhr,  
Halle, im 3. Distrikt in der Produktivgenossenschaft einen  
wissenschaftlichen Vortrag mit Lichtbildern  
ab. Die Parteigenossen aus anderen Distrikten und Gäste  
sind willkommen. Eintritt frei.  
**6. Distrikt:** Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr,  
in der Produktiv-Genossenschaft. Distriktvereins-  
Jung. Vortrag: Die Goldworte: Erfüllung im Steuer-  
kampfe.  
**11. Distrikt:** Donnerstag, 12. Jan., abends pünktlich 8 Uhr,  
im Hall. „Seelster“.

**Unterbezirk Halle-Saalkreis.**  
Barren: Halle, Verdienstreife 14, Herrsch. 1473, Gefährlich:  
Täglich 9 bis 10 Uhr, Sonntags nachmittags geführte  
**Merseburg:** Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr,  
im Hallen „Zur Kunde“: Mitgliederberammerung.  
Alle Genossen werden ergriffen, unbedingt zu erscheinen.  
**Unterbezirk Bitterfeld - Wettberg.**  
**Bitterfeld:** Sonntag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, im  
„Schillinghaus“: Bitterfelder. Gebührensfeier spricht  
Gen. Cornelius Behr (Halle).  
**Luis:** Sonntag, den 15. Januar: Mitgliederberammerung.  
Gen. Gen. Rich. Richter (Halle).

**Unterbezirk Zörgen-Viehwenda.**  
Zörgen: Sonntag, den 14. Januar, abends 8 Uhr:  
Erschließende Barrensammlung. Ref.: Gen. Landtagsabge-  
ordneter Schmitzer (Halle).  
**Schönbau:** Sonntag, den 15. Januar: Erschließende Bar-  
sammlung. Ref.: Gen. Landtagsabgeordneter Schmitzer  
Halle. Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, im  
„Kaiserhof“: Mitgliederberammerung. Gebührensfeier: Gen.  
Landtagsabgeordneter Gustav Henkel (Halle).

**Unterbezirk Mansfeld.**  
Eisleben: Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr,  
beginnt im kleinen Saale des „Vollhauses“ ein Auktions-  
überhol- und wirtsch. Anzeigenblatt. Referent: Gen.  
Schmiedt (Halle). Beginn 7 Uhr. Alle Ge-  
nossen und Genossinnen werden ergriffen, am Anfang teil-  
zunehmen.  
**Sendorf:** Unter Freudenberg finden jeden Freitag  
abends 8 Uhr bei Frau Spitze statt.  
**Eisleben:** Der Freudenabend am Mittwoch, den 18. Jan.  
11 1/2 Uhr aus.  
**Selbitz:** Mittwoch, den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
Jahresanfang sämtlicher Vorstände der Arbeiter-Sport-  
vereine in ihrem Lokal.  
**Wolferode:** Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im  
„Garten- und Gart.“: Nichtrecht-Gebührensfeier.  
Referent: Genosse G. H. Montag.

**Unterbezirk Merseburg.**  
**25. März:** Sonntag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im  
„Waldbaum“: Nichtrecht-Gebührensfeier. Referent:  
Genosse Cornelius Behr.  
**Mücheln:** Sonntag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
Nichtrecht-Gebührensfeier. Referent: Genosse Otto  
Wüller (Halle).

**Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.**  
Berjammlungen finden statt in:  
**Wannenberg** am Mittwoch, dem 11. Januar 1922, abends  
7 Uhr, im Galhof.  
**Mippida** am Donnerstag, dem 12. Januar 1922, abends  
7 1/2 Uhr, im Galhof.  
**Borbislar-Mietzsch** am Freitag, dem 13. Januar 1922,  
abends 8 Uhr, im Galhof Mietzsch.  
**Zeitz:** Freitag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Brau-  
hof“: Erschließende Barrensammlung. Thema: „Die zehn  
Punkte des W.D.B.“. Referent: Genosse Höder (Halle).  
**Naumburg:** Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im  
„Schillinghaus“: Erschließende Barrensammlung. Referent:  
Genosse Carl Ewert (Halle).  
**Meisen** am Sonntag, dem 14. Januar 1922, abends  
7 1/2 Uhr, im Galhof.

**Sendorf:** Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr,  
im Galhof in Sendorf: Erschließende Barrensammlung.  
**Selbitz:** Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Galhof in Selbitz: Erschließende Barrensammlung.  
**Unterbezirk Gangerhausen.**  
**Gangerhausen:** Mittwoch, den 11. Januar, abends von  
7 bis 9 Uhr, in der „Bierhalle“: Schulauktions-Auktions für  
den ganzen Unterbezirk. Genossen macht von diesem  
Auktions-tage Gebrauch.  
**Gangerhausen:** Sonntag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
Erschließende Barrensammlung. Ref.: Genosse Höder (Halle).  
**Gangerhausen:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags  
3 Uhr, im „Unterbezirk-Kasseler“. Alle Ortsgruppen  
müssen unbedingt vertreten sein. Wissenschaftliche Tagungs-  
berichterstattung. Referent: Genosse Otto Wüller.  
**Gangerhausen:** Sonntag, den 15. Januar: Erschließende  
Barrensammlung. Referent: Genosse Otto Wüller.

**Eisleben:** Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im  
Galhof in Eisleben: Erschließende Barrensammlung. Referent:  
Landtagsabgeordneter Will. Koerner (Zeitz) spricht über: „Die  
wirtschaftliche Lage und die Steuerampagne.“  
**Werbt für die Produktiv-Genossenschaft**

# Drei Punkte

in Halle müssen Sie sich einprägen!

**Kleine**  
Ulrichstraße 26  
im Hofe

**Schweffel-  
straße 36**  
Ede Vertikalstraße

**Ulrecht-  
straße 24**  
im Hofe

Nur dorthin bringt Jedermann seine Altmetalle und Rohstoffe zum Verkauf.

## Warum? Weil nur dort die höchsten Preise gezahlt werden!

Kupfer	Ag. 25—26 Mt.	Zinn	Ag. 5—6 Mt.
Rotguss	" 17—18 "	Lumpen unterm.	Ag. 1,50—1,60 "
Blei	" 7—8 "	Hafenselle p. Stüd	25—28 "

Für Alt-Eisen, Papier, Knochen, Wein- und Sektflaschen höchste Preise.

Von außerhalb Fahrtvergütung bis Mt. 20,— 133

# Kurt Zöhl.






## Mann für Mann bestellen ihre Drucksachen

in der Produktiv-Genossenschaft, Abteilung: Buchdruckerei, Lerchenfeldstr. 14.

Rufen Sie 2251 an, verlangen Sie Offerten und den Besuch der Vertreter.

## Geschäfts-Gründung.

Der organisierten Arbeiterschaft von Halle und Um-  
gebung zur Kenntnis, daß die

### Erste Weiskensler Genossenschaft = Schuhfabrik

am heutigen Tage im Hause der

### Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14,

eine Filiale eröffnet hat.

Es kommen nur Schuhwaren in guter Leder-  
verarbeitung zum Verkauf.

### Erste Weiskensler Genossenschaft = Schuhfabrik

e. G. m. b. H.

## Ein Geldschrank,

mittlere Größe, wie neu, preiswert zu verkaufen.  
Zu ertragen im Verlage „Kaffe Dampf“, Halle,  
Lerchenfeldstraße 14.

## Gelegenheitskauf!

Ein Gehrod, schwarz, erfindliche Fritzenmaschine, ein  
schwerer Anzug, lack. neu, und ein selbstaugender Millit-  
ersatz billig zu verkaufen.  
Gehrod, Schraplau, Querfurter Straße 13.

## Zeitungs-Mafalatur

verkauft bei

## Verlag Klassentamp

Lerchenfeldstraße 14.

## Bekanntmachung

über Mietzinssteigerungen.

Auf Grund des § 4, Absatz 7, der Verordnung des Ministers  
für Volkswohlfahrt betr. Einführung einer Stöckgerechtigkeit für  
Mietzinssteigerungen vom 9. Dezember 1919 (Rechtsammlung  
S. 157) haben wir im Benehmen mit den Vorstehenden des  
Mietzinskommissiones und nach Anhörung eines von der Stadt-  
verordnetenversammlung gewählten, aus fünf Abgeordneten  
und fünf Mietern bestehenden Ausschusses beschlossen, die  
Bekanntmachung über Mietzinssteigerungen vom 22. Juni  
1921 wie folgt zu ändern:

Als Stöckgerechtigkeit für Mietzinssteigerungen im Sinne  
des § 2 der Verordnung vom 9. Dezember 1919 wird für  
Wohnungen ein Zuschlag von 85 % für zu gewerblichen  
Zwecken benutzte Räume ein Zuschlag von 115 %, zu dem  
am 1. Juli 1914 vereinbarten oder etabliert gewordenen  
Mietzins erfolgt. Mit der Stöckgerechtigkeit sind sämtliche  
jetzt abgaben und die laufenden Reparaturen abgezogen.  
Der Befehl tritt mit dem Tag seiner Bekanntmachung  
in Kraft. 130

Halle, den 6. Januar 1922. Der Magistrat.

## Reparaturen an Uhren

und  
sowie Gold-  
und Silbergegen-  
ständen u. Schmuck-  
fachen übernimmt bei halber  
Auszahlung zu normal Preis.

**S. Herzer,** 14  
Uhren-Reparatur u. Werkstatt,  
Gr. Steinstraße 85  
(gegenüber Bahnhofstr.)

## Zelbgraues Tuch,

140 cm breit,  
preiswert abzugeben.

**Partiwaren,**  
Magdeburger Str. 23,  
am Marktplatz.

## Restaurant Produktiv-Genossenschaft

Verdenfeldstraße 14  
empfehlen keinen kräftigen

## Mittag- und Abendtisch.

Das Glas Bier 2,00.

# Drei Könige.

Gr. Amateur-Dilettanten-Bettfreit.  
Das Publikum entscheidet selbstk. 135

## Stadt-Theater.

Donnerstag, d. 12. Jan. 1922,  
Uhr 7 1/2, Ende nach 9 1/2 Uhr:  
**Tiefland.**

Oper von V. Beyer.  
Freitag:  
Mittwoch  
132 Vorstellung.

**Hallisches Operetten-Theater**  
am Riebeckplatz (Zentrum 6183)  
Täglich, abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Gelbha.**

Operette von Edwin Jones.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr,  
zu ermäßigten Preisen, bei  
ungezügelter Spiegelfür den  
Abendvorstellungen:  
**Mascottchen.**

Vorverkauf täglich von 10  
bis 1 Uhr, und ab 5 Uhr  
nachm. an der Theaterkassie  
im Neubau des Theaters.

## Steinweg 12

# Der Arbeiter-Sport-Berein

von 1891  
und seine Weiter-  
schaften von 1921.  
Sportfilm in 2 Akten.  
**Schwarzmarktmädel**  
Kollid in 6 Akten  
Dauer: 195



**Defen,**  
schwarz und emailliert,  
**Epar-Rohherde,**  
ladet u. wech emailliert,  
**Patent-Gruden,**  
Waschfessel  
**Christ. Glafer,**  
Halle a. d. S.,  
Große Klausstraße 24.  
Jannul 6188.

**Bauern-Käse**  
gut gepökelte Ware gibt preis-  
müßig ab 12  
S. Herzer, Kälerei, Halle,  
Lehrstraße 38 (Jannul 2184).

**Fußbälle**  
Spezialität: Katt, Leder,  
von Bauer-Berndt-Wandert  
ercentum erfindlich!  
**Jungmann-Bälle**  
Sportgerichte  
**Fußballknetel,**  
**Jugendknetel.**  
Solide Ware. 11  
Genosse Krumpholtz,  
Halle (Saale),  
**J. Schärer & Cie.**  
Einkaufs- und Verkaufsbüro  
(Lerchenfeldstraße 40,  
Gänge Klauentorg).

## An alle Bewerber!

Da noch fortgesetzt Bewerbungen ein-  
gehen, teilen wir den Bewerbern (des hohen  
Borts wegen) nur auf diesem Wege mit,  
daß in allen Abteilungen  
sämtl. Stellen besetzt sind  
und Einstellungen deshalb nicht mehr  
vorgenommen werden können.

### Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Verdenfeldstraße 14.

**Eisleben.**

## Theater-Café Mansfelderhof

Täglich  
**Künstler-Konzerte.**  
Nachmittags 4—6 Uhr. Abends 8—12 Uhr.  
Ausgeführt vom Künstler-Verein.

Beder	Schrod	Billoges
-------	--------	----------

Angenehmer Rufenthal.  
Direktor H. W. Meth.

## Rausch!

Zurückgekehrt vom Grab meiner lieben Frau, unjere  
lieben, fürstlichen Mutter, unter lieben Tochter, Schwieger-  
mutter und Großmutter, Schwägerin, Schwägerin und Ehem.

## Anna Schließel geb. Schaaf,

legen wir hiermit unsere besten Dank allen denen, welche  
ihren Sang so reich mit Blumen schmückten. Besien Dank  
dem Beiner für die löhne Grabrede und der lieben Dis-  
gruppe der K.D. für die harte Beteiligung. Ferner Dank  
dem Schulverein Hartmann für die löhne Exerment, dem  
Stadtvorstande für die löhne Aufnahme und der W.D. für die harte  
Beteiligung. Besien Dank auch den Trägern vom freien  
Lamerstein, die unsere Leise zur letzten Ruhe trugen.  
Bentheit d. 1. den 9. Januar 1922.

Am Namen aller Hinterbliebenen: 131  
**Famille Otto Schließel, Famille Karl Schaaf,**

## Demsey-Carpentier

ab Freitag in den  
**Licht = C. T. Spielen**  
Gr. Ulrichstraße 51.

Halle und Saalkreis

Halle, den 11. Januar 1922

Luzemburg-Liebnecht-Bedenkfeier der Arbeiterjugend

Am das Anleben ihrer großen Vorkämpfer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu ehren...

Die Vortragsfolge zu dieser Veranstaltung ist bereits im Anzeigenteil veröffentlicht worden.

Aus der Anzeige werden die Genossinnen und Genossen schon entnommen haben, daß die diesmahlige Feier eine besonders würdige sein wird.

Die zweite Aufgabe des Sprechers ist die Unterfütterung des herrlichen Gedichts 'Karl Liebknecht' von dem französischen Dichter Lulluicau...

Der zweite Vortrag wird nach der letzten Darbietung der Feier sein. Es ist eine Festschrift zur Erinnerung an die revolutionäre Arbeiterjugend...

Wemerkenswert wird nach der letzten Darbietung der Feier sein. Es ist eine Festschrift zur Erinnerung an die revolutionäre Arbeiterjugend...

Es würde selbstverständlich der Ehreung revolutionärer Helden nicht entsprechen und würde auch den tiefsten Charakter der Feier bilden, wenn im Saale gerastet, gestöhnt oder getrautet würde.

Die 10 Forderungen des ADGB. Eine Geschäftsleiterkonferenz des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Wenn eine Person im Verhältnis zu ihrer Mitgliedschaft so gut wie gar keine Leistungen an Renten usw. aufzubringen hat, die Verwaltung ca. 20 Proz. der Einnahmen verliert, so wird 1922 mit dem allgemeinen Beginn der Leistungsprüfung der Angestelltenverpflichtung vorzuschick nach der Unterlassung von 20 Proz. überhöht zu werden.

Wieder jährt sich der Tag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, deshalb ruft Euch die Kommunistische Jugend an zu einer

Deffentl. Jugendversammlung

am Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des 'Volkspart'. Thema:

'Karl Liebknecht und die Arbeiterjugend'

Parteien, junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Jugendliche aller proletarischen Jugendorganisationen, ergeht in Hallen. Resitationen, Wandolinenspiele, sowie eine Scene aus 'Dantons Tod' (Georg Büchner), wird die Veranstaltung untrüben.

Unterstützt das Jugendproletariat durch regen Besuch!

\* 'Einführung in den wissenschaftlichen Kommunismus'. Die bereits mitgeteilt, beginnt der Kursus, den Genosse Schoenlant in Rahmen der Volkshochschule abhält, am Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Hofraal 18 der Universität und dauert acht Abende.

\* Kommunistische Jugend. Alle Funktionäre und tätigen Mitglieder der drei Gruppen sind hier, Mittwoch, abend pünktlich 7 Uhr im Jugendklub ein. Es ist für unsere öffentliche Jugendversammlung am Freitag wichtiges Material zu entnehmen.

\* Parteiarbeiter. Der Volksrechtler meldet: 'Am 10. Januar nachmittag hat sich in der Weidenburger Straße einalter 30 Jahre in seiner Wohnung vermutlich seines schweren Leidens wegen erhängt.' - Um die Bevölkerung über die wahre Lage dieser armen Innwidlers hinwzuführen, beruht der Klugheit der Polizei dienlich: 'Der Mann war ein 30-jähriges Mannes Lebens wegen'.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Zur Abwehr von Ratten sind am 1. Januar an folgende Stellen nicht angestrichen worden. Am 1. Januar während der Vernehmungen in Ratten getreten. Am 1. Januar während der Vernehmungen in Ratten getreten.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

\* Grippe-Erkrankungen haben in den letzten Tagen einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schließen, daß die Grippe-Epidemie ihren Höhepunkt erreicht habe.

Plan. Die wissenschaftliche Lage und die Aufgaben der Genossenschaften. Ueber dieses Thema sprach am Sonnabend in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Böder (Saale). Er führte aus, daß die Wirtschaft nicht allein Deutschlands, sondern auch der Siegerstaaten, trotz des Friedensschlusses von Versailles nicht in Ordnung gebracht werden ließe. Auch das Ausland sei im Falle des Wierens nicht glücklich, in der ganzen Welt ließe sich keine so große Wirtschaftslage Deutschlands in heutzutage abzeichnen.

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...

Die Beschlüsse des Geschäftsleiterkongresses des ADGB, im Bezirk Halle...



# ADGB, Betriebsrätezentrale und Seeferkommission

**I.**  
 A. M. Am 4. Januar fand die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte statt. Am 5. Januar abends berichtigte die Rosa Pressburger die Nachrichten über den Bericht des „Vorwärts“ ist kurz und bündig, aber das meiste, während die „Freiheit“ erst am 8. Januar eine knappe 1/2 Seite in der Zeitungszeile, die aber so unklar ist, daß kein Leser daraus erkennen kann, was für eine Versammlung überhaupt stattfand.  
 Vergleicht man die beiden Berichte, so stellt man ohne weiteres: es ist etwas Auffallendes vorgegangen. Aber das ist keine Berichterstatterfrage, sondern eine politische. Wir wollen deshalb feststellen, was eigentlich vorgefallen ist.

Teht folgt folgendes:

1. Die Seferkommission ist zur Generalversammlung zugelassen worden, trotzdem sich die SPD, wie die USPD-Führer dagegen sträubten.
2. Die von der Seferkommission vorgelegte Resolution ist angenommen worden.

Die lautet:

### Resolution.

Die am 22. Dezember 1921 in Aftens festlichen verammelten Betriebsräte von Berlin wünschen an den ADGB, und an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands den folgenden Bescheid:  
 Die nachdrückliche Forderung, die dauernde Selbstbestimmung, die drohenden Entlassungen, die Angriffe auf die Arbeitszeit, die die Angriffe des Staates und seiner Beamten auf die politischen Erwerbslosen der Arbeiter, die Bestrebungen der deutschen Kapitalisten, mit den ausländischen zusammen die Arbeiterschaft auszusaugen und auszuplündern, zwingen die Arbeiter, sich zu entschließen, unter Berücksichtigung aller Abwägungsfreiheiten zum Zusammenschluß.

Der von ADGB vorgelegte Plan, der im wesentlichen auf die Erfüllung der Forderung hinausläuft, wird zwar höher nicht eine Befreiung der Arbeiter bringen, ist aber getriggert, die Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital zusammenzuschließen und ihnen gewisse Erleichterungen über sonst unträglich werdenden Dasein zu verschaffen.

Aber dieser Plan geht vorläufig nur auf dem Wege.

Die Berliner Betriebsräte fordern deshalb den ADGB, auf die ersten Schritte zur Einleitung dieses Kampfes, wie folgt, einzuleiten und richtet an alle Arbeiter den Aufruf, die Arbeiterorganisationen zu diesen Schritten zu veranlassen:

1. Schnellige Beschleunigung von Seiten der in der Regierung stehenden Vertreter des ADGB, und der SPD, die die Einleitung der Arbeiterschaft zu beschleunigen.
2. Im Falle der Nichtannahme des Beschlusses: Auflösung des Reichstages und Rücknahme des Beschlusses: Alle Parteien auf die Weisung!
3. Abbruch aller Verhandlungen mit der Großindustrie um ein Darlehen.
4. Wählung jeder Stimmlossetzung, auch in Preußen, da eine solche nur im Namen des Kapitals dient.
5. Kontrolle der Preisbildung im Betriebe durch die Betriebsräte, auf dem allgemeinen Markt durch die Organe der Arbeiterschaft.

Darüber hinaus aber müssen der ADGB, die SPD und die politischen Parteien noch weitere Schritte unternehmen:

- a) Sie müssen die sozialistischen Regierungen (Sachsen, Thüringen, Braunschweig) anzuwachen, sofort alle Schritte zu unternehmen, die im Rahmen der von den Räubern vorgehenden Beschlüsse eine Bekämpfung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft ermöglichen, wie sofortige Einziehung ausstehender Steuern bei Reichserwerbslosen, strenger Schutz der Arbeitszeitgesetze, Zulassung an Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen u. a.
- b) Sie müssen alle Arbeiter mobilisieren für die im weiteren Fortschritt der Arbeiterschaft lebenswichtigen Forderungen der Freilassung politischer Gefangener.

Was bedeutet der Beschluß auf Auflösung der Seferkommission und die Annahme der Resolution? Das bedeutet eine gewaltige Niederlage der Bureaukratie.

Was bedeutet das weiter? Das bedeutet, daß selbst die sehr gelebten Betriebsräte der Generalversammlung, einberufen durch Barth, die denen ganz bestimmt von kommunistischer Mehrheit nicht gegeben werden kann, trotz der Regie der Partei und seiner Genossen, auf alle bureaukratischen Bedenken geblieben haben und diese im Sinne der Bureaukratie, „wilde“ Kommission nicht nur „anerkannt“ haben, sondern sogar deren Resolution angenommen haben. Weßhalb das? Weil diese Resolution in der Tat ist, jetzt, wie man Kämpfe einleitet, und weil die Bureaukratie in dieser Hinsicht vollständig und mit Absicht) überlistet hat.

Das die Verammlung (und mit Absicht) überlistet hat, statt von 500, was übrigens nicht ganz stimmt, denn es haben sich längst nicht alle an der Abstimmung beteiligt, so hat man eine neue Tatsache:

Daß die Betriebsräte den Beschluß der von den Bureaukraten einberufenen Versammlung bereits für unzulässig Zeitverbreit gehalten.

Der „Vorwärts“ bestätigt, wenn seine Behauptung richtig ist, nennbar, es ist eine Freundschaft, eben die Bureaukraten. Diese Tatsachen müssen jetzt von den Arbeitern ausgewertet werden.

**III.**  
 Wie entstand die Seferkommission? Was will sie? Sie wurde gewählt am 23. November, als auf den Ruf völlig unbekannter Arbeiter, die nach Berlin gekommen waren, um vom Zuli-minister Kabruch die Freilassung der politischen Arbeitergefangenen zu fordern, über 2000 Betriebsräte zusammenkamen, um etwas zu tun, und nicht nur zu schwätzen. Das ist ebenfalls eine Tatsache. Die Kommission sollte keine „Organisation“ vorstellen, sondern im Namen der Arbeiter selbst den ADGB, auffordern, für seine eigenen Forderungen mehr zu tun, als Papier zu verzeichnen. Die Arbeiter leisteten es ein, damit sie dem ADGB, auf die Finger sah; sie mitbrauten dem „Landmann“ des ADGB, der immer „Forderungen“ aufstellt und niemals etwas für sie tut. Und das ist eine Tatsache.

Der ADGB wies die Seferkommission ab; mit nützigen Gründen. Die Forderung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses ist überholt, weil der Reichsbetriebsräte-Kongress nur die Seferkommission und die Betriebsräte-Konferenz der Ruhrarbeiter (in Witten) vor. Diese konkreten Forderungen wurden von Dikman in Labotier und der Leipziger Kongress verwarf wie das Hornberger Schießen. Auch das ist eine Tatsache.

Die Seferkommission hatte noch vor ihrer Bildung von der Reichlichen Betriebsräte-Zentrale die Zustimmung einer Generalversammlung erhalten. Barth berief diese nicht ein. Die Seferkommission berief deshalb am 22. Dezember eine zweite Versammlung ein. Es erschienen über tausend Betriebs-

riebsräte, nahmen die Resolution der Seferkommission an, die im wesentlichen mit der Witterer Konferenz übereinstimmt und verlangte das Weiterbestehen der Seferkommission. Auch das ist eine Tatsache. Barth wollte diese Versammlung labotieren und berief kurz vorher für den 4. Januar die Generalversammlung ein. Der „Vorwärts“ wachte vor der „wilden“ Versammlung, trotzdem erschienen über 1000 Betriebsräte, die „legale“ dagegen wurde, nach dem „Vorwärts“, nur 127 Teilnehmern beläuft, unter denen sich doch gewiß eine große Anzahl angelegter Betriebsbureaukraten befand. Tatsache ist, daß die Seferkommission trotzdem zugelassen und ihre Resolution angenommen wurde. Damit ist die Weiße der Tatsachen geschlossen.

**IV.**  
 Die Resolution der Witterer Betriebsräte-Konferenz, wie die der Berliner zweiten Betriebsräte-Vollversammlung, fordert, daß die ADGB-Minister Konzeptionen, die die Erfassung der Schwermere garantieren. Der Arbeiter steht tatsächlich nicht ein, mozu „Arbeitervertreter“ Minister sind, wenn sie nicht einmal diesen Schritt machen können. Die Resolution fordert von diesen Ministern, daß sie den Reichstag auflösen und Neuwahlen unter der Lösung „Alle Lasten auf die Weisungen“ vornehmen lassen sollen, wenn der Reichstag ihre Gesetzentwürfe ablehnt. Der Arbeiter steht tatsächlich nicht ein, mozu „Arbeitervertreter“ in einer parlamentarisch gefälligen Regierung sitzen sollen, wenn die Regierung gegen die Arbeiter regiert. Die Resolution fordert weiter den Abbruch aller Verhandlungen mit der Großindustrie um ein Kreditangebot. Der Arbeiter ist der Meinung, daß man bei den Verhandlungen nehmen, aber nicht bestreiten soll. Die Resolution fordert konsequenterweise Ablehnung der Stimmlossetzung auch in Preußen. Der Arbeiter glaubt, daß man dem Staates mit eigener Faust paktieren muß, nicht aber mit ihm paktieren darf. Er ist sich unklar.

Die Resolution fordert weiter Kontrolle der Preise durch Gewerkschaften und Betriebsräte. Der Arbeiter steht nicht ein, weshalb er sich das Joch über die Ohren ziehen lassen soll. Er kann der Forderung nicht zustimmen, wenn er nicht durch seine Organisationen die Preise selbst reguliert.

Die Resolution stellt gewisse Forderungen an die sozialistische Regierung. Der Arbeiter steht nicht ein, wodurch sich eine sozialistische Regierung von einer bürgerlichen unterscheidet, wenn sie ihm nicht hilft.

Die Resolution fordert die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Arbeiter steht nicht ein, daß Arbeiter eingesperrt bleiben sollen unter dem „sozialistischen“ Justizminister, während alle bürgerlichen Missetäter, Mörder und politischen Schieber frei umher laufen oder postenhafte „Kontrollen“ erhalten.

Die Resolution stellt alle diese Forderungen an den ADGB, und verlangt die Einberufung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses. Der Arbeiter steht nicht ein, mozu er riesenhafte Organisationen haben soll, wenn diese nicht kämpfen wollen, wo der Kampf aufgeführt werden.

Aber die Resolution verlangt sich auch an die Arbeiter selbst. Denn der Arbeiter nicht nur der Bureaukratie und weiß, daß sie die Organisationen nur unter dem Zwang der drängenden Massen auf Kampf einstellen wird, und auch dann nicht ergriffen, wenn sie nicht Schritt für Schritt überwindet wird.

Aber das sind ebenfalls Tatsachen und sie sollten zu denken geben.

**V.**  
 Wir schreiben wiederholt über Bewegungen „von unten“. Ob sie zu misserfolghaft worden. Die Berliner Seferkommission beweist wiederum, daß die Analyse richtig war, die wir gegeben.

Die Arbeiter wollen kämpfen, so paßt sie scheinbar sind. Sie begriffen, daß die Forderung, die Steuern und auch eine wirtschaftliche Welle der Arbeitslosigkeit sie verhängen wird, wenn sie nicht kämpfen.

Die Arbeiter wollen organisiert kämpfen. Sie begriffen sehr wohl, daß unorganisierte Kämpfe ausichtslos sind. Sie wollen die bestehenden Organisationen anerkennen, und sie müssen sie anerkennen. Wo gegenständige Tendenzen vorhanden sein sollten, müssen sie bekämpft werden, und werden sie selbst überwunden werden.

Die Arbeiterwahlen wollen geschlossen kämpfen. Sie begriffen sehr wohl, daß zerstückelte Kämpfe ihnen nichts nützen. Die Organisationen nützen ihnen in ihren eigenen gegen den Kampf. Die SPD, wird mit Stimmlossetzung in Konzeption. Die USPD, ist aktionsunfähig, weil sie innerlich bereits in zwei Hälften zerfallen ist, von denen die rechte ideologisch zur SPD gehört. Die SPD, für sich ist zu schwach zum Kampf und wird bei wirtschaftlichen Kämpfen als Partei allein die Arbeiter nicht in den Kampf führen können. Der ADGB, will nicht kämpfen.

**Aber die Arbeiter wollen es.**  
 Deshalb fordern sie den Reichsbetriebsräte-Kongress. Deshalb stellen sie Forderungen an den ADGB. Deshalb müssen sie, Betrieb für Betrieb, Jahressitz für Jahressitz, die Resolutionen der Berliner Seferkommission diskutieren, annehmen, und dann die Gewerkschaften zwingen, den Willen der Arbeiter zu tun.  
 Die Arbeiter müssen das tun, weil sie sonst der Abgrund verhängt. Sie werden es tun, weil sie leben wollen.

## Internationales

### Die Kommunistische Partei Americas an die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt!

Genossen!  
 Die Kommunistische Partei Americas begrüßt mit Freude Eure Hilfe anzugreifen unter Bruder Sacco und Bonzetti, zu deren Raub die Kapitalisten rufen. Die amerikanischen Gerichtshöfe haben sie kalt im Tode wegen ihrer handhaften Treue zur Arbeiterklasse zum Tode verurteilt. Denn Treue zur Arbeiterklasse ist das schmerzliche Verbrechen in den Augen der Kapitalisten.  
 Mit aufrichtiger Freude begrüßt die Kommunistische Partei Americas die großen Demonstration, die von Euch organisiert wurden. Der herrliche Aufruf Eurer internationalen Solidarität ließ die Arbeiter Americas freudig erwidern und füllte die Herzen der Arbeiter und Unterdrückten mit Entzeten. Unsere wütenden Genossen haben den unerschütterlichen Tom Mooney zum Galgen errettet. Wir sind sicher, daß Eurer Hilfe Sacco und Bonzetti dem Raub des Lebens entzihen werden.  
 Eure glänzende Hilfe in dieser Stunde der Not, da unsere Arbeiterklasse unter dem eisernen Joch einer Brutalen bürgerlichen Diktatur niedergedrückt wird, zeigt, daß die Kapitalisten Americas nicht länger die Arbeitermänner der Welt mit dem ungeheuren Schwindel der „Demokratie“ täuschen können. Die mächtigsten

Proteste, die jetzt aus Paris, Buenos Aires, Rom, Berlin, in aus ganz Europa herbeiströmen, werden nicht dazu beitragen, die amerikanischen Arbeiter aus ihrer augenblicklichen Gleichgültigkeit zu wecken.

Und indes unter kapitalistischen Breche siederhaft daran arbeitet, dasbaldige Zügen über Bomben und andere Terrorakte zu verbreiten, und die Kommunistische Partei Americas alles, was in ihrer Macht liegt, um, wie vielen feigen Eignen, entgegenzuwirken und unter Arbeiterklasse darüber aufzuklären, daß das Ziel der kommunistischen Parteien der Welt nicht darin besteht, die Ausbeuter und Unterdrückten durch das Mittel wirtschafslöser Handlungen individuellen Terror zu vernichten, sondern durch die organisierte revolutionäre Massendemonstration der Arbeiter der Welt.

Die Kommunistische Partei Americas fordert, Schüler an Schulen mit den revolutionären Arbeiter Europas zu stehen im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. Wir glauben, alles zu tun, um die Anknüpfung des Weltkampfes und der Weltrevolution — den amerikanischen Kapitalismus — niederzuerstigen.

**Vorwärts im kommunistischen Kampf!**  
 Vorwärts in der kommunistischen Arbeit!  
 Nieder mit den kapitalistischen Helfern!  
 Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!  
 Es lebe die Kommunistische Internationale!

Zentral-Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Americas.

## Ausland

### Das enthüllte Geheimabkommen Frankreichs und Japans

Aus Washington ist der internationale Geheimdiplomatie der kapitalistischen Ehemänner eine peinliche Ueberrassung zuteil geworden. Eine Delegation der österrischen Republik des fernen Ostens hatte sich in die Säule des Büros gemagt, und sie verurteilte die dortige Konferenz des kaiserlichen Regierung von China mit gestillsten Dokumenten der Frieden unter den Großmächten über. Herr Sarrazin empfiehlt der amerikanischen Regierung verbleiben. Nun hat diese von dem Harbing und Briand so verachtete Delegation des fernen Ostens den Herzen einen peinlichen Streich gespielt. Sie veröffentlichte Geheimdokumente über ein französisch-japanisches Abkommen hinter dem Rücken von England und Amerika. Die japanische Mission der kaiserlichen Regierung von China, daß schon dadurch die Echtheit der Dokumente ziemlich gesichert wird. Das einzige Haupt der französischen Delegation in Washington, Herr Sarrazin, hat einen offiziellen Brief an den Präsidenten der Washingtoner Konferenz zugesagt, in dem es heißt, daß die japanische Delegation der kaiserlichen Regierung von China mit gestillsten Dokumenten der Frieden unter den Großmächten über. Herr Sarrazin empfiehlt der amerikanischen Regierung verbleiben. Sie möchte diese Delegation, ohne Mandat und ohne moralische Autorität ausweisen. Daß die proletarischen Vertreter Stürzungs einen derartigen Joch bei den französischen Diplomaten erected haben, ist für sie ja schon bekannt. Es ist für die Franzosen besonders peinlich, daß ein großer Teil der englischen und amerikanischen Presse an die Echtheit der Schriftstücke glaubt. Die Pariser Herrschaften mögen sich beruhigen; der Gedanke eines französisch-japanischen Zusammenganges gegen die Angelsachsen ist nicht ganz neu. Es ist nur an die große Sache erinnert, die Herr Tarbue, das diplomatische Orakel der französischen Reaktion, kurz vor der Abreise Briands nach Washington in der Pariser Kammer gehalten hat. Schon damals hat er in aller Deutlichkeit ein französisch-japanisches Zusammenganges empfohlen. Das Ziel einer französisch-japanischen Verständigung weist erklart der Sturz der französischen Regierung die Erneuerung der verfallenen Monarchie, die denn als dritte im Bunde zu gelten hätte; zweitens die Schaffung eines Gleichgewichtes gegen England-Amerika. Weiter ist wohl die Frage gestattet, ob Marshall Joffre sich „zu spät“ gegenwärtig in Japan aufhält und sich als treuer Verbündeter seit 1914 leisten löst?

### Amerikas Hungerhilfe für Russland

Die 10. Januar. Hier weißte der von London kommende, daß der Durstreich nach Moskau befindliche Leiter der amerikanischen Mission für Rußland, Colonel Joffe, in einer Unterhaltung mit einem Westmann teilte er mit, es sei beschlossen worden, die Hilfsfähigkeit für Rußland im Februar ganz bedeutend auszuweiden. Es sollen nicht wie bisher nur Kinder, sondern auch Erwachsene ernährt werden, und zwar hat der Hungerstarb in diesem Kinder jetzt 2 Millionen Kinder und 5 bis 10 Millionen Erwachsene. Die Sowjetregierung habe zu diesem Zweck 200 Lokomotiven und 8000 Waggons bereitgestellt. Auch seien von der Regierung der Vereinigten Staaten 20 Millionen Pads Korn bereits unterwegs und weitgehend sei bei von Amerika Moskau gemachte Kredit von 20 Millionen Dollars für Getreidekäufe verwendet worden.

In den kalifornischen Häfen treffen mit jedem Tag größere Mengen für Rußland bestimmter Lebensmittel ein.

### Kohlensticht in der dänischen Schiffbauindustrie

Kopenhagen, 8. Januar. (Antel.) Die Lohnverhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen den Organisationen der Mechaniker und den Schiffbauern geführt wurden, sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Da gegenwärtig auch von den meisten übrigen Gewerkschaften Lohnverhandlungen geführt werden, dürfte der Beschluß der Mechaniker nicht ohne Wirkung auf die übrigen Arbeiterorganisationen bleiben.

Unternehmensherabwürdigung in Polen. (Antel.) 10. Januar. (Antel.) Die durch die Wirtschaftskrise in der polnischen Industrie geschaffene Lage hielten die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer eine gemeinsame Konferenz ab. Obwohl die Forderung laud der amtlichen Statistik gegenüber den Bombenorten noch gesteigert ist, verlangen die Industrierellen einen Abbau der Löhne und die Aufhebung des Arbeitsvertrages. Zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit wurde seitens der Unternehmer die Ausführung öffentlicher Arbeiten durch den Staat angeregt.

Der Streik der südafrikanischen Bergarbeiter. London, 10. Januar. (Antel.) Nach Meldungen aus Johannesburg arbeiten in den südafrikanischen Bergwerken nur noch die kaumnützlichen und technischen Angehörigen und ein Teil der Eingeborenen, während die meisten Arbeiter geschlossen den Streik durchzuführen. In den Gewerkschaften wird eine Urabstimmung über einen allgemeinen Generalstreik veranlaßt, nach deren Beendigung die Gewerkschafts-egretive die endgültige Entscheidung treffen wird. Die Regierung hat vor Ausbruch des Bergarbeiterstreiks große Kohlenvorräte gelammelt.

Streik in den Mittelmehr Eisenwerken. Prag, 10. Januar. (Antel.) In der Mittelmehr Eisenwerke hat sich am 10. Januar Arbeiter die Arbeit niederlegt und eine Demonstration vor dem Direktionsgebäude veranlaßt, um gegen die Verletzung einer Neujahrszulage und die Einführung einer neuen Arbeitsordnung, welche die Rechte der Vertrauensleute beschränkt, zu protestieren. Aus Grund einer schriftlichen Erklärung des mit den Arbeitern verhandelnden Betriebsdirektors wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verlesung mit jetzt wegen der Haltung der Arbeiterschaft umfangreiche Entlassungen und eine Einschränkung des Betriebes durchzuführen.

## Vom Tage

25 Häuser verbrannt. Innsbruck, 11. Januar. Den „Innsbr. Nachr.“ zufolge sind in dem Markfiedler bei Arco 25 Häuser einem Brand zum Opfer gefallen und dadurch 38 Familien obdachlos geworden.

Elektrische Kabel in Brand. Paris, 10. Januar. Morgens gerieten alle elektrischen Kabel am Nordbahnhof in Brand. Die Drahtleitungen der Bahngesellschaft wurden zerstört und es entstand eine langandauernde Verlestörung.

